

Diskussionsveranstaltung

Welche Frauenpolitik braucht Österreich?

**am 31. August 2006
im Renner-Institut**

Bericht

verfasst von NINA ABRAHAMCZIK

**herausgegeben von
BARBARA ROSENBERG und TANJA DOBART**

Kontakt

Renner-Institut
Innenpolitik & Personalentwicklung
TANJA DOBART
T +43-(0)1-804 65 01-18
dobart@renner-institut.at

Programm

Referate

**Arbeit – Chancen – Einkommen.
Zur Situation von Frauen in Österreich**
SYBILLE PIRKLBAUER, Arbeiterkammer Wien

**Was wollen Österreichs Frauen?
Ergebnisse aktueller sozialwissenschaftlicher Studien**
EVA ZEGLOVITS, Institute for Social Research and Analysis (SORA)

Podiumsdiskussion

Welche Frauenpolitik braucht Österreich?

JOHANNA DOHNAL, ehemalige Frauenministerin
ELFRIEDE HAMMERL, Kolumnistin, Profil
SYBILLE PIRKLBAUER, Arbeiterkammer Wien
BARBARA PRAMMER, Zweite Präsidentin des Nationalrats, SPÖ-
Bundesfrauenvorsitzende
EVA ZEGLOVITS, Institute for Social Research and Analysis (SORA)

Moderation
ASTRID ZIMMERMANN, Medienhaus Wien

Welche Frauenpolitik braucht Österreich?

Referat SYBILLE PIRKLBAUER¹

Sybille Pirklbauer von der Arbeiterkammer Wien ging in ihrem Referat vor allem auf die Arbeitssituation von Frauen in Österreich ein.

Frauen sind in Österreich, bereinigt frau/man die Zahlen, in gleichem Umfang wie Männer von Arbeitslosigkeit betroffen. Zusätzlich muss jedoch erwähnt werden, dass das Beschäftigungsvolumen von Frauen sinkt. Frauenbeschäftigung in Vollzeitäquivalenten ist in Österreich zwischen 1995 und 2004 von 53,4% auf 49% gefallen, während sie in den EU-15 im selben Zeitraum um 4,7 Prozentpunkte gestiegen ist.

In Österreich geht der Trend hin zu Teilzeitbeschäftigung von Frauen. Während die Frauenteilzeitquote EU-weit langsam steigt, geschieht dies in Österreich weitaus schneller. Sie lag 2004 in den EU-25 bei rund 32%, in Österreich hingegen bei rund 39%.

Teilzeit

Der Bereich „Teilzeit“ ist sehr weit gefasst und bezeichnet ein Ausmaß zwischen einer und 35 Stunden pro Woche.

Zur Art der Tätigkeiten ist zu sagen, dass es sich vor allem um „untere“ Tätigkeiten handelt. Auch Sicherheit und Stabilität des Jobs leiden unter einer Teilzeitbeschäftigung, welche meist schneller endet und weniger Einkommen pro Stunde liefert.

Gründe für eine Teilzeitbeschäftigung liegen bei Frauen vor allem im familiären Bereich (z.B. Betreuung von Kindern und Erwachsenen). Bei Männern wird hingegen als häufigster Grund Weiterbildung angegeben, Betreuungspflichten werden nur äußerst selten genannt. Relativ ausgeglichen zwischen den Geschlechtern ist der Grund, keine Vollzeitbeschäftigung gefunden zu haben.

Erwerbseinkommen

Zwischen den Bruttogehältern von Männern und Frauen liegt auch weiterhin ein großer Unterschied. Verdienen Frauen zu Beginn ihrer Berufslaufbahn noch fast gleichviel wie Männer, beginnt sich dann die Schere immer weiter auseinander zu entwickeln, bis sich ab etwa Mitte Dreißig der (große) Unterschied bei einem um ein Drittel geringeren Gehalt einpendelt. Gleichgültig welchen Bereich frau/man betrachtet, bei Arbeiterinnen, Angestellten aber auch bei Beamtinnen sind Einkommensunterschiede vorhanden.

Hinzu kommt, dass Frauen den Großteil der unbezahlten Arbeit übernehmen (müssen). So verrichten erwerbstätige Frauen für jede Stunde bezahlte Arbeit im Durchschnitt 51 Minuten unbezahlte Arbeit. Männer sind mit 11 Minuten unbezahlter Arbeit im Vergleich weitaus weniger belastet.

¹Quellen, die für den Vortrag u.a. verwendet wurden:
Employment Outlook 2005
Statistisches Jahrbuch 2005
Lohnsteuerstatistik 2004

Kinderbetreuung

Beziehen Frauen Kinderbetreuungsgeld gehen sie nebenbei kaum einer Erwerbstätigkeit nach, drei Viertel haben keinen Zuverdienst. Bei den Männern bleiben hingegen weniger als die Hälfte während des Bezugs des Kinderbetreuungsgeldes ganz zuhause, ein Drittel geht weiterhin einer unselbständigen Erwerbsarbeit nach und fast 20% arbeiten selbständig weiter. Die einzige Gemeinsamkeit liegt im Bereich der geringfügigen Arbeit, sie macht bei beiden Geschlechtern 7% aus.

Probleme, neben der Kinderbetreuung arbeiten zu gehen, ergeben sich vor allem aus dem fehlenden Angebot an Kinderbetreuungsplätzen. Nur in Wien ist es möglich, eine ganztägige Betreuung zu finden. In den anderen Bundesländern ist die Situation weitaus prekärer. Dies wirkt sich natürlich auf die Berufslaufbahn der Eltern – vor allem aber auf die der Mütter – aus.

Auswirkungen

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die geringeren Erwerbsmöglichkeiten für Frauen mehrere Auswirkungen haben:

- Sie führen zu einem geringeren Einkommen für Frauen.
- Die soziale Absicherung ist weitaus schlechter (Als Beispiel können die Mindestpensionen herangezogen werden, sie gehen zu drei Viertel an Frauen).
- Frauen leben mit einem höheren Armutrisiko. Besonders betroffen sind hier vor allem Alleinerzieherinnen und allein stehende Pensionistinnen.

Referat EVA ZEGLOVITS²

Eva Zeglovits vom Institute for Social Research and Analysis (SORA) beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit der Situation von Frauen in Österreich und mit den Wünschen von Frauen an die Politik, die sich daraus ableiten lassen.

Bei Umfragen unter Frauen wird durch die Themenwahl bereits einiges vorweggenommen, gleichzeitig sind aber spezifische Fragestellungen möglich, die auf die Lebensrealitäten von Frauen eingehen. So können beispielsweise Wünsche von Frauen durch die Beschreibung der Lebenssituation besser herausgearbeitet werden.

Von hoher Bedeutung sind für Frauen die Werte Familie und Sicherheit, Selbstverantwortung und Eigeninitiative, Pflichterfüllung sowie Arbeit und Beruf. Freizeit und Vergnügen sowie Leistung und Karriere sind erst am Ende der Werteskala der Frauen ab 30 in OÖ zu finden. Weiters haben Bildung, Glaube an Gott und soziales Engagement eine hohe Relevanz.

²Quellen, die für den Vortrag u.a. verwendet wurden:

- Umfrage unter Frauen bis 39 Jahre. Mai 2004, Im Auftrag der SPÖ Bundesfrauenorganisation
- Umfrage unter Frauen zwischen 40 und 60. Mai 2005, im Auftrag der SPÖ Bundesfrauenorganisation
- Umfrage unter Frauen ab 30 in OÖ. Mai 2006, im Auftrag der SPÖ OÖ

Probleme von Frauen

Frauen haben mit verschiedensten Formen der Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts zu kämpfen.

An erster Stelle der Diskriminierungserfahrungen steht sowohl bei den 18- bis 39-Jährigen als auch bei den 40- bis 60-Jährigen das Erlebnis, aufgrund ihres Geschlechts schon einmal einen Umweg in Kauf genommen zu haben.

12% der 40- bis 60-jährigen Frauen haben Diskriminierungen aufgrund ihres Alters erlebt.

Weitere Probleme sind das geringere Gehalt im Vergleich zu den männlichen Kollegen, verbale Belästigung, im Alltag nicht ernst genommen zu werden sowie körperliche Belästigungen.

Viele erlebte Diskriminierungen beziehen sich auf die berufliche Situation oder werden durch diese bedingt. So sehen 75% der Frauen zwischen 40 und 60 Jahren ein erhöhtes Armutsrisiko für sich, doch auch bei den Jüngeren (18- bis 39-Jährigen) fühlen sich 62% davon betroffen.

Gerade für Frauen ist das Geld oft knapp. Die 40- bis 60-Jährigen kämpfen mit zu geringen Pensionen bzw. mit zu geringem Einkommen. Für nur ein Drittel dieser Gruppe ist die zukünftige Altersversorgung vollkommen ausreichend oder so hoch, dass sie gut davon leben können. Für die Hälfte reicht das Geld gerade aus, 16% sehen es als nicht ausreichend an.

In der Frage der mangelnden Gleichberechtigung in der Partnerschaft scheint sich die Situation für die Jüngeren etwas verbessert zu haben: Sehen bei den 40- bis 60-Jährigen bei dieser Frage 42% ein schwerwiegendes Problem, so sind es bei den 18- bis 39-Jährigen „nur“ 30%.

Problemfeld Berufsunterbrechungen

Die häufigsten Gründe für Unterbrechungen der Berufslaufbahn von Frauen sind Kinderbetreuung (74%) und Arbeitslosigkeit (15%). Besonders betroffen, sowohl in der Häufigkeit als auch in der Dauer der Unterbrechungen, sind Arbeiterinnen bzw. Frauen mit niedriger Ausbildung. 58% der Frauen mit Pflichtschulabschluss sind von Berufsunterbrechungen betroffen, die länger als vier Jahre dauern. Bei Frauen mit Hochschulabschluss sind dies „nur“ 32%. Die Gefahr einer längeren Berufsunterbrechung ist somit bei Frauen mit höherer Ausbildung wesentlich geringer.

Was würde Frauen helfen?

Wichtig wäre vor allem, dass Frauen mehr Geld haben. Dies kann durch höhere Einkommen, finanzielle Unabhängigkeit und bessere soziale Absicherung (z.B. Pensionen) erreicht werden. Zusätzlich brauchen Frauen mehr Zeit für sich. Abhilfe könnte hier geleistet werden, wenn Männer mehr unbezahlte Arbeit übernehmen würden.

Jüngere Frauen sehen für sich Möglichkeiten in höheren Ausbildungen, in Weiterbildungsmaßnahmen und in einem guten Job.

Die Politik soll aus Sicht der Frauen „die Rahmenbedingungen schaffen, damit sich das von ihnen gewählte Ausmaß an unbezahlter Arbeit (Kinder, Pflege usw.) mit bezahlter Arbeit vereinbaren lässt und für eine eigenständige finanzielle Absicherung reicht“. Hier zeigt sich eine gewisse Schwierigkeit, denn betrachtet frau/man die Wünsche der Politik, so betreffen diese auch gesellschaftspolitische Änderungen, die den Wünschen der Frauen nicht immer entsprechen.

Themen, die Frauen wichtig sind

Frauen unterstützen vor allem soziale Themen (z.B. Soziale Sicherheit, Gesundheit, Kinder- und Jugendthemen).

Weitere Themen, die Frauen ein Anliegen sind, ergeben sich aus ihrer eigenen Betroffenheit (z.B. Kinderbetreuung, Berufsunterbrechungen und Wiedereinstieg).

Im Bereich der Kriminalität treten Frauen im Unterschied zu Männern stärker für soziale Lösungen ein.

Von Männern erwarten Frauen wenig Unterstützung, das trifft auch auf die Männer in der Politik zu. Für Frauen ist es wichtig, dass Frauen öffentlich präsent sind. Sie wünschen sich mehr Frauen in verantwortlichen Positionen in der Wirtschaft und in der Politik.

Podiumsdiskussion

JOHANNA DOHNAL

Für die ehemalige Frauenministerin ist es notwendig, dass es überhaupt wieder eine Frauenpolitik gibt. Diese muss sich auf die Fragen der Gleichstellung und Antidiskriminierung konzentrieren, es geht nicht um Familienpolitik und Bevölkerungsmaßnahmen. Zentral ist es, die gesellschaftliche Kultur zu ändern und ein neues Bewusstsein zu schaffen. Ziel der Frauenpolitik muss eine Veränderung der geschlechterdemokratischen Verhältnisse sein.

Entscheidender Aspekt ist dabei die faire Verteilung von Erwerbsarbeit, Einkommen und Reproduktionsarbeit. Gleichzeitig müssen soziale und familienpolitische Leistungen unabhängig vom Status anerkannt werden.

Vor allem im Bildungsbereich sind Maßnahmen zu setzen. Infrastrukturelle Maßnahmen sollen Frauen am Land unterstützen und entlasten, Stichwort Mobilität und Kinderbetreuung. In der Gesundheitspolitik müssen die ökonomischen und biologischen Unterschiede zwischen Männern und Frauen gesehen und berücksichtigt werden.

Gewalt an Frauen muss diskreditiert werden, sie stellt eine Menschenrechtsverletzung dar. Ausreichende Mittel müssen endlich zur Verfügung gestellt werden.

Insgesamt ist es wichtig, die verschiedenen Maßnahmen und Förderungen zu bündeln, damit die Abhängigkeiten von Frauen in den verschiedenen Bereichen aufgehoben werden können. Dafür ist es wichtig, Zielsetzungen zu haben, um den Frauen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

ELFRIEDE HAMMERL

Die Kolumnistin und Buchautorin fordert die Politik auf, endlich die unangenehme Wahrheit beim Thema Wahlfreiheit auszusprechen. Diese ergibt sich durch die verschiedenen Risiken, die mit der angeblichen Wahlfreiheit verbunden sind. Die Gesellschaft soll die Schwachen – ältere Menschen, Kinder und Kranke – unterstützen, andere sollen ihre materielle Existenz selbst erhalten. Dafür müssen auch die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden. Für Frauen fehlen sie oft.

Die klassische Politikerausrede lautet, dass Frauen sich in den Dienst anderer stellen sollen, beispielsweise durch die Forderung, dass ältere Frauen in der Pension auf ihre Enkelkinder aufpassen sollen. Das Problem der fehlenden Kinderbetreuungseinrichtungen wird damit auf die Frauen abgeschoben, während sich Politik und Gesellschaft aus der Verantwortung stellen.

BARBARA PRAMMER

Die SPÖ-Frauen werden sich dafür einsetzen, dass das Thema der Erwerbstätigkeit von Frauen bei möglichen Regierungsverhandlungen in den Mittelpunkt gerückt wird. Die SPÖ fordert einen Berufsfrauenförderfonds in der Höhe von 100 Millionen. Damit könnten innovative Projekte und Weiterbildungsmaßnahmen in Unternehmen finanziert werden.

Gerade die Bildungspolitik ist ein zentraler Bereich für Frauen, doch gerade hier gab es in den letzten Jahren massive Verschlechterungen. Auch die arbeitsmarktpolitische Komponente nicht zu vergessen – so stehen beispielsweise viele arbeitslose JunglehrerInnen überfüllte Klassen gegenüber. Die bildungspolitischen Maßnahmen müssen bereits in der Schule ansetzen, um Mädchen beispielsweise zu technischen Berufen zu ermutigen; und es sollten Förderinstrumente eingerichtet werden, um den Frauenanteil im universitären Bereich zu erhöhen. Eine weitere Forderung bezieht sich auf die Kinderbetreuungseinrichtungen. Sie sind in Kinderbildungseinrichtungen umzuwandeln und ins Bildungssystem zu integrieren. Auch die Forderung nach Ganztagschulen bleibt aufrecht.

Erwerbstätigkeit von Frauen ist notwendig, doch es sollte nicht irgendeine Arbeit sein. Sie muss sozial- und arbeitsrechtlich abgesichert sein und ein entsprechendes Einkommen sicherstellen.

Eine Lösung für die Arbeitszeitproblematik wäre das Modell der Arbeitszeitautonomie, ein alter aber nach wie vor aktueller Vorschlag der SPÖ. Dieser wurde von Frauenministerin Prammer Ende der 90er Jahre als Gesetzesvorschlag eingebracht, ging jedoch nie durch den Ministerrat. Eltern junger Kinder soll die Möglichkeit gegeben werden, die vereinbarte Arbeitszeit autonom zu legen und den ArbeitgeberInnen nur mit begründeten Argumenten ein Einspruchsrecht zu geben, ähnlich wie bei der Urlaubsregelung. Für Frauen würde dieses Modell vermutlich Erleichterungen bringen und eine Reduktion der Arbeitszeit verhindern. In Schweden gibt es diese Form der Arbeitszeitautonomie bereits.

Vergleicht frau/man Österreich und Skandinavien im Bereich der Teilzeit, bedeutet Teilzeit in Österreich 20 Stunden und weniger, in Skandinavien liegt sie bei rund 30 Stunden.

Im Bereich der Pflege sollte eine legale Lösung gefunden werden. Es müssen konkrete Berufsmodelle bzw. entsprechende Ausbildungen geschaffen werden, um Frauen, die Kinder betreuen oder Pflege leisteten, den Einstieg in die Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Mit dem konservativen Modell der Bürgergesellschaft wurde den Frauen die unbezahlte Erwerbsarbeit nahe gelegt. Das ist der falsche Weg!

In den letzten Jahren wurde das Gleichbehandlungsgesetz ausgehöhlt. Es sind jetzt sehr viele Gruppen darin vertreten, das entspricht auch den europäischen Normen. Es ist aber notwendig, für Frauen zusätzlich eigene gesetzliche Regelungen zu haben.

SYBILLE PIRKLBAUER

Die aktuelle Regierung folgt dem Neoliberalismus und ist überzeugt, dass der Markt alles regelt. Frauen müssen sich aber dennoch weiter um Kinder und Pflege kümmern. Es scheint der vermeintlich leichtere Weg zu sein, der traditionellen Arbeitsteilung zu folgen. Männer folgen den Wirtschaftsbedürfnissen, Frauen den Betreuungsbedürfnissen.

Im Bereich der Bildung ist es wichtig, den jungen Menschen Zukunftsperspektiven aufzuzeigen, dies gilt auch für Buben und junge Männer (vgl. Gender-Budgeting-Studie OÖ). Ein Wunsch wäre hier, dass männliche Kindergärtner in der Gesellschaft als selbstverständlich angesehen werden. Das würde auch den Wert dieser Arbeit erhöhen.

Gerade im Bereich der Kinderbetreuung steht der hohe gesellschaftliche Wert der geringen Bezahlung gegenüber.

Es wird Frauen schwer gemacht, zukunftssträchtige Berufe zu ergreifen. Eine Möglichkeit, diese Strukturen aufzubrechen, wäre, dass Betriebe Förderungen erhalten, um Mädchen in nicht-traditionellen Lehrberufen auszubilden.

Der Berufsförderungsfonds wäre positiv, er müsste aber auch die duale Ausbildung beachten.

Insgesamt muss die Frauendebatte breiter angelegt werden (z.B. über die Finanzierung des Sozialstaates). Österreich hat in der OECD das niedrigste Aufkommen aus Vermögenssteuern. Würden hier Veränderungen gemacht werden, wäre vieles finanzierbar und es würden sich für die Politik neue Handlungsspielräume auf tun.

EVA ZEGLOVITS

Es muss Frauen, die kleine Kinder haben, ermöglicht werden, einen Beruf auszuüben – nicht irgendeinen, denn beruflicher Aufstieg darf keine Frage des Geschlechts sein. Es muss in und durch die Politik das Bewusstsein geschaffen werden, dass beide Geschlechter für Kinder und Erziehung zuständig sind, denn Kinder haben zwei biologische Elternteile.

Es sollte aber auch ein Thema sein, die Präsenz von Frauen im öffentlichen Raum zu erhöhen.

Bei der anschließenden **Diskussionsrunde** drehten sich die Fragen und Beiträge des Publikums im Wesentlichen um drei Bereiche:

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Feministische Politik, Anti-Gewalt-Politik
- konkrete Fragen bzw. Erfahrungen von Frauen

Abschlussrunde der Expertinnen

ZEGLOVITS

Womit wäre die Wahl bei Frauen gewinnbar? Wichtig wäre es, Rahmenbedingungen im Bereich Vereinbarkeit von Kind und Beruf zu schaffen (z.B. Kinderbetreuung während der Ferienzeiten).

Zu beachten ist, dass es zwischen den Wünschen der Frauen und den Wünschen der Politik große Unterschiede gibt. Das gilt auch für die Kommunikation. Das Wort „Feminismus“ ist vor allem bei jungen Frauen negativ besetzt. Entweder es gelingt, dieses Wort mit positiven Attributen zu verbinden, oder frau/man vermeidet das Wort bzw. findet ein anderes.

Ein persönlicher Wunsch ist, dass die Zuverdienstgrenze beim Kindergeld fällt. Anzustreben ist ein aliquotes Kindergeld, das für Frauen mit höherem Einkommen eine Entlastung darstellen würde.

PIRKLBAUER

Die Arbeiterkammer ist gegen die Aufhebung der Zuverdienstgrenze beim Kindergeld, da sie einerseits zu teuer wäre und andererseits einen Anreiz darstellen würde, dass Mütter länger zuhause bleiben.

Ein zentraler Punkt der Frauenpolitik war und ist es, Bündnisse wahrzunehmen, Problemlagen darzulegen und Diskussionen zu führen.

Es muss aber auch die Unterschiedlichkeit der Frauen beachtet werden, oft wird zu undifferenziert gedacht und argumentiert.

Besonderes Augenmerk muss auf Frauen in prekären Lebenssituationen gelegt werden.

Im Bereich der Pflege, der sehr frauendominiert ist, muss darauf geachtet werden, dass auf der einen Seite eine angemessene Entlohnung und auf der anderen Seite die Leistbarkeit für die Betroffenen garantiert werden kann – hier werden allerdings öffentliche Mittel notwendig sein.

PRAMMER

Das SPÖ-Modell „Kindergeld plus“ sieht eine Änderung des Kindergeldes vor: als Anreiz soll bei kürzerer Karenzzeit mehr Geld ausbezahlt werden. Die Zuverdienstgrenze soll dann fallen, wenn die Arbeitszeit reduziert wird. Als langfristiges Ziel wird ein einkommensabhängiges Karenzgeld angestrebt. Es sollte Ganztagschulen geben, keine ganztägigen Schulplätze. In diesen Schulen sollen die Kinder lernen aber auch Freizeit verbringen. Ziel soll es sein, dass die Kinder ohne Schultasche heimgehen, zusätzlich wäre dadurch auch das Problem der Nachhilfe besser in den Griff zu bekommen. Wichtig ist, dass es auch in den Ferienzeiten ausreichend Betreuungsangebote gibt, hier sind kreative Lösungen notwendig.

Auch die Ungerechtigkeiten im Pensionssystem müssen beseitigt werden. Die drei angeblichen „Reformen“ der letzten Jahre haben vor allem für die Frauen Verschlechterungen gebracht. Hier hat die SPÖ schon 2000 ein eigenes Modell präsentiert. Im Vordergrund muss dabei die eigenständige Alterssicherung von Frauen stehen. Daher steht die SPÖ auch einem Hausfrauengehalt negativ gegenüber, den Frauen soll vielmehr der Einstieg in die Erwerbstätigkeit ermöglicht werden.

Allgemein stellt sich die Frage, wie wir in Österreich mit der Situation der Frauen umgehen sollen. Bestimmte Themen müssen für Frauen (wieder) Hauptthemen werden. Vor allem die Auswirkungen von verschiedenen Maßnahmen müssen stärker öffentlich diskutiert werden, denn nicht alles was gut klingt, ist auch gut.

HAMMERL

Ein einkommensabhängiges Karenzgeld ist anzustreben, dieses soll an die Erwerbstätigkeit geknüpft und als Versicherungsleistung ausbezahlt werden – Familienförderung soll über die Familienbeihilfe passieren!
Im Bereich der Anti-Gewaltspolitik muss darauf hingewiesen werden, dass Menschenrechtsverletzungen keine kulturelle Eigenart sind, sondern als solche zu verfolgen sind.

Es ist außerdem wichtig, die öffentliche Diskussion anzukurbeln, auch mit den Worten Emanzipation, Feminismus und Emanze.

DOHNAL

Außerhalb von Wien ist die Betreuungslage (z.B. das Angebot an Kindergartenplätzen) sehr viel schlechter. Ganztagschulen werden nicht gewollt, von den Ländern, aber auch von den Lehrerinnen und Lehrern, die sich dagegenstellen. Durch den Fall der Zweidrittelmehrheit bei Gesetzen im Schulbereich ergeben sich zwar Gefahren, aber sollte die SPÖ in der Regierung sein, bieten sich auch viele Chancen.

Die Konservativen wollen die Nicht-Erwerbstätigkeit von Frauen. Frauen werden als Zuverdienerinnen, als „verschiebbare Masse“ gesehen, die nur dann eingesetzt werden soll, wenn sie gebraucht wird.

Im Bereich der Pflege liegt der wirkliche Skandal darin, dass der Staat erwartet, dass diese Aufgaben überwiegend von Frauen übernommen werden. So setzt sich der Kreislauf weiter fort: Frauen erledigen die unbezahlte Kinderbetreuung, kümmern sich später um die Pflege- und Altenbetreuung der Angehörigen, um dann, falls sie überhaupt ein Einkommen hatten, auf die Ausgleichszulage angewiesen zu sein. Und was dann? Soll neben dem Kinderbetreuungsgeld auch ein Pflegebetreuungsgeld ausbezahlt werden?

Es sollte wieder mehr über Feminismus und Herrschaftsverhältnisse und weniger über Gender-Mainstreaming und Mentoring gesprochen werden.

Gemeinsamkeiten

In Österreich muss wieder Frauenpolitik gemacht werden; und nicht wie in den letzten Jahren Familienpolitik.

Es muss von den Frauen eine frauenpolitische Debatte eingefordert werden, die das öffentliche Bewusstsein verändert.

In der Pflege muss eine Lösung gefunden werden, bei der die Frauen nicht die schlechte und unbezahlte Arbeit übernehmen. Auch die Kinderbetreuung muss neu organisiert bzw. ausgeweitet werden.

Vor diesem Hintergrund braucht es eine Regierung, die frauenpolitische Prioritäten setzt!